

Mit neuen Vorschlägen will die EU-Kommission Bewegung in die blockierten Asylreform-Verhandlungen bringen

Europa setzt auf rigorose Abschiebungen



Seit Jahren streitet die EU um den Umgang mit Migranten. Foto: AFP

POLITIK & GESELLSCHAFT

Brüssel. Der gestern in Brüssel präsentierte Vorschlag für eine Reform der Asyl- und Migrationspolitik sieht vor, Länder wie Griechenland und Italien vor allem mit einer starken Unterstützung bei der Rückführung von Menschen ohne Bleiberecht zu

entlasten. Zur Aufnahme von Migranten sollen Länder wie Ungarn und Polen demnach nur in absoluten Ausnahmefällen verpflichtet werden. Zugleich will die EU-Kommission, dass alle EU-Staaten in Krisen ihren Beitrag zur gemeinsamen Migrationspolitik leisten.

In einer ersten Reaktion würdigte Außenminister Jean Asselborn, dass die Kommission versucht habe, „ein Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität“ zu erreichen. Die Interessen der minderjährigen Flüchtlinge sowie die Familienzusammenführung würden gestärkt, Prozeduren würden beschleunigt, sagte er dem „Luxemburger Wort“. „Es ist gut, dass in dem Text ganz klar steht, dass das Retten von Menschenleben im Mittelmeer eine Pflicht ist.“ Auch würden Fortschritte bei der Lastenverteilung erzielt. Ob der Plan eine Chance auf Umsetzung hat, ist aber völlig offen. Ähnliche EU-Vorstöße waren in den vergangenen Jahren gescheitert; Knackpunkt war stets die verpflichtende Verteilung Schutzsuchender auf alle EU-Staaten. Die gültigen Dublin-Regeln sehen vor, dass jener EU-Staat für einen Asylantrag zuständig ist, auf dessen Boden der Schutzsuchende zuerst europäischen Boden betreten hat. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen appellierte an die EU-Staaten, das Konzept als Basis für einen neuen Anlauf für eine Einigung zu nehmen. „Es ist an der Zeit, sich der Herausforderung zu stellen, Migration gemeinsam zu gestalten – mit der richtigen Balance von Solidarität und Verantwortung“, sagte sie. Es gehe auch darum, das Vertrauen der Bürger wiederherzustellen.

Verpflichtende Solidarität

Das Konzept der EU-Kommission, über das die EU-Staaten und das Europaparlament noch verhandeln müssen, sieht ein dreistufiges Verfahren vor. In normalen Zeiten können die EU-Staaten einander freiwillig helfen. Gerät ein Land unter Druck, kann es jedoch einen sogenannten Mechanismus für verpflichtende Solidarität auslösen.

Die EU-Kommission würde in diesem Fall prüfen, wie viele Menschen dem Land abgenommen werden müssen – jedes andere Land müsste Hilfe anbieten: Entweder nimmt es Migranten mit Aussicht auf einen Schutzstatus auf. Oder aber es hilft anderweitig, etwa durch Abschiebungen oder beim Migrationsmanagement. Spitzt sich die Situation weiter zu, greift ein Krisen-Mechanismus. Dann wird die Auswahl der Hilfsmöglichkeiten geringer: Entweder werden Migranten – auch solche ohne Aussicht auf einen Schutzstatus – aufgenommen oder die Abschiebung einer bestimmten Anzahl abgelehnter Asylbewerber wird übernommen.

Diese Abschiebung muss innerhalb von acht Monaten erfolgen. Gelingt das nicht, muss das Land sie selbst aufnehmen. Bevor ein Migrant ins Land kommt, soll der betroffene Staat nach Vorstellung der EU-Kommission künftig an der Grenze eine Vorüberprüfung vornehmen, die deutlich umfangreicher als bisherige Prüfungen ist: Der Migrant wird registriert, Fingerabdrücke werden genommen, Gesundheits- und Sicherheitschecks durchgeführt. Kommt der Asylbewerber aus einem Land mit geringerer Anerkennungsrate – Tunesien oder Marokko etwa – soll innerhalb von zwölf Wochen ein Grenzverfahren durchgeführt werden.

Dies soll sowohl Schmuggler als auch die Menschen selbst abschrecken, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Gelingt das Verfahren nicht innerhalb von zwölf Wochen, müsste ein normales Asylverfahren durchgeführt werden.

Nach Vorstellung der EU-Kommission soll es sogenannte Abschiebe-Patenschaften geben. Die EU-Kommission will Rückführungen aber auch anders beschleunigen. Es soll ein „EU-Koordinator für Rückführungen“ ernannt werden, der mit Fachleuten der EU-Staaten zusammenarbeitet. Auch der Außengrenzschutz solle verbessert werden. Die Rettung von in Seenot geratenen Migranten wird als Pflicht definiert. *dpa*